



---

## Online-Beteiligung der Öffentlichkeit

### Beschlussvorlage

Der Deutsche Bundestag hat am 4. März 2010 in seiner 27. Sitzung die Einsetzung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" beschlossen. Der Antrag auf der Drucksache 17/950, der einstimmig angenommen wurde, beinhaltet den Auftrag der Kommission, die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit einzubeziehen.

Dort heißt es:

### III. Beteiligung

**Die Enquete-Kommission bezieht die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit mit ein. Über die Arbeit der Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich auf der Internetseite des Deutschen Bundestages informiert. Dort werden zudem Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, die Anregungen aus der Öffentlichkeit in geeigneter Weise in der Arbeit der Kommission einfließen lassen können.**

Diesen Anspruch haben Vertreter aller Fraktionen in der parlamentarischen Debatte zur Einsetzung der Enquete-Kommission bekräftigt.

So erklärte der stellvertretende Vorsitzende der **CDU/CSU**-Fraktion, **Michael Kretschmer**:

„Wir sollten zu den 17 Sachverständigen, die in Zukunft in dieser Enquete-Kommission mitarbeiten werden, einen 18. Sachverständigen gedanklich hinzunehmen: den sachverständigen Bürger.“

Wir wollen bei dieser Enquete-Kommission eine breite Partizipation. Ich halte es – auch im Hinblick auf die Akzeptanz und das Ergebnis der Arbeit der Enquete-Kommission – für ganz wichtig, dass die Bürger mitgestalten können. Wir wünschen uns, dass die Bundestagsverwaltung diesen Gedanken offensiv aufgreift, dass es eine breite Diskussion in Blogs, Foren und auf andere Art und Weise geben kann, sodass die Arbeit von all jenen, die mitarbeiten wollen, im Netz verfolgt werden kann. Es ist schon ein erster Erfolg, dass wir nicht übereinander, sondern miteinander sprechen. Ich glaube, auch das ist ein wichtiges Signal für diejenigen, die sich für das Internet besonders interessieren.“

Der Abgeordnete **Dr. Reinhard Brandl** (CDU/CSU) ergänzte:

„Auf bundestag.de (...) wird in wenigen Wochen auch diese Enquete-Kommission mit einem Angebot vertreten sein. Dort haben Sie die Möglichkeit, sich aktiv in unsere Arbeit einzubringen. Nutzen Sie auch diese Möglichkeit des Internets und der politischen Beteiligung. Wir freuen uns über jeden Beitrag.“

Für die Fraktion der **SPD** erklärte der Abgeordnete **Lars Klingbeil**:

„Lassen Sie mich zu meinem letzten Punkt kommen: zu den Chancen für eine demokratische und politische Partizipation. Ich bin davon überzeugt, dass wir in Zeiten einer hohen Politikverdrossenheit und katastrophalen Wahlbeteiligung das Internet durch diese Enquete-Kommission stärker aufstellen können, um Menschen an politischen Prozessen zu beteiligen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir durch eine intensive Nutzung des Internets für eine Revitalisierung der Demokratie sorgen können. Die ersten Ansätze, beispielsweise die Onlinepetition, hat es bereits gegeben. Ich plädiere dafür, dass wir auch im Rahmen dieser Enquete-Kommission neue Ideen ausprobieren, indem wir zum Beispiel Gesetzentwürfe und Papiere online zur Verfügung stellen und um Kommentierung bitten. Der Kollege Kretschmer hat gerade vom 18. Sachverständigen geredet. Ich plädiere ausdrücklich dafür, dass wir nicht nur die Sachverständigen und die Abgeordneten einbeziehen, sondern dass wir diese Enquete auch für die Bevölkerung öffnen und diese mitdiskutieren lassen.“

Für die Fraktion der **FDP** sagte der Abgeordnete **Manuel Höferlin**:

„Entscheidend ist aber auch die neue Transparenz, die wir in dieser Enquete-Kommission installieren möchten. Der Deutsche Bundestag wird die Arbeit der Kommission auf einer Webseite begleiten und für Transparenz und Bürgernähe sorgen. (...) Wir möchten die Community gerne einbinden, wir möchten sie befragen. Herr Kretschmer hat es schön gesagt: Der 18. Sachverständige kann bei uns teilhaben. Wir möchten deswegen auf dieser Internetpräsenz alle Interessierten zum Dialog einladen. Wir wollen die Menschen, die uns einen Input geben können, daran beteiligen.“

Ich freue mich sehr, dass der Deutsche Bundestag mit der Netzgemeinde diesen Dialog sucht. Eines sollte uns allen klar sein: Wir müssen diesen Input und das Wissen der Community nutzen. Es handelt sich um ein kollektives Wissen und kollektive Vorschläge. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, und dieses Potenzial müssen wir in die Arbeit integrieren.“

**Herbert Behrens** regte für die Fraktion **DIE LINKE** an:

„Lassen Sie uns parallel andere Kommunikationsmöglichkeiten nutzen; das ist schon angesprochen worden. Wir brauchen Transparenz, aber wir brauchen auch die Expertinnen und Experten sowie die Nutzerinnen und Nutzer. Wir wollen eine aktive Begleitung durch die Nutzerinnen und Nutzer in dieser Kommission, und zwar nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Akteure; wir brauchen ihre Kommentare und ihre Kritik.“

**Dr. Konstantin von Notz** betont für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Wir fordern die E-Partizipation. Dafür ist diese Kommission in der Tat ein guter Anfang. Wie wir da kommunizieren, darf keine Einbahnstraße – schicke Presseerklärungen und Berichte darüber, was die Enquete-Kommission am jeweiligen Tage verhandelt hat – sein, sondern wir müssen in diese Kommission auch hineintragen, was draußen diskutiert wird. Dazu gibt es einige interessante Ansätze, die wir hoffentlich so umsetzen werden, wie wir sie aufgeschrieben haben, also in Form von Foren und Ähnlichem.“

**Diesem hohen Anspruch muss die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ in besonderer Weise gerecht werden.**

Bereits zu Beginn der Arbeit hat die Kommission eine Microsite im Internet eingerichtet, die die Öffentlichkeit – über die übliche Berichterstattung hinaus – in besonderem Maße informiert und in Foren und Blogs zum Dialog einlädt.

In einem weiteren Schritt soll die Öffentlichkeit sich nun noch intensiver mit einzelnen Themen auseinandersetzen und in einen Austausch mit der Kommission treten können.

Die **Ziele** eines solchen Austausches der Kommission mit der Öffentlichkeit sind:

1. die Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und zu hören,
2. einen transparenten Rückkanal zu eröffnen,
3. Anregungen aufzunehmen,
4. Ideen zu sammeln,
5. Meinungsabfragen und –gewichtungen vorzunehmen,
6. Interesse für die Parlamentsarbeit zu wecken,
7. konstruktives Feedback einzusammeln und
8. die Mitarbeit an Texten zu ermöglichen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen am politischen Prozess teilnehmen können. Dies beinhaltet zum einen Informationen, Kommentarmöglichkeiten und Diskussionen. Der sachverständige Bürger soll darüber hinaus sowohl Fragen stellen als auch beantworten sowie Anregungen einbringen können. Die Öffentlichkeit soll sich über das Internet in den politischen Entscheidungsprozess einbringen können, indem sie mitgestaltet, mitentscheidet und gewichtet.

**Definition des „18. Sachverständigen“**

In diesem Zusammenhang ist der Begriff des „18. Sachverständigen“ geprägt worden, der im Folgenden näher definiert wird:

Als sachverständige Bürgerinnen und Bürger gelten alle Menschen, die das Internet nutzen. Sie alle verbinden Erfahrungen, Wünsche, Hoffnungen mit der digitalen Gesellschaft, die es zu berücksichtigen gilt. Näher betrachtet ist dies somit die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger.

Im Einzelnen:

1. Einsteiger, Gelegenheitsnutzer, Netzaffine
2. Interessen- und Verbandsvertreter

### 3. Alle Altersgruppen

Ob der 18. Sachverständige als Gelegenheitsnutzer schnelle Informationen sucht oder sich aktiv in die Debatte einbringen möchte, darf keinen Widerspruch darstellen. Der Webauftritt muss von seiner Ausgestaltung beides bieten. Wichtig ist dabei, dass die Einbringungsmöglichkeiten so transparent und attraktiv wie möglich gestaltet werden. Ein ernsthafter Dialog muss für alle, die sich einbringen wollen, möglich sein.

Die Meinung des „18. Sachverständigen“ soll:

1. eine möglichst große Meinungsvielfalt repräsentieren,
2. auch Minderheitenpositionen kenntlich machen,
3. im Vorfeld der Entscheidung gehört werden,
4. bei ausgewählten Beteiligungsmöglichkeiten ein gewisses Quorum erreichen, um Relevanz zu gewährleisten.

#### **Technische Umsetzung**

In die bestehende Microsite [www.internetenquete.de](http://www.internetenquete.de) soll ein System integriert werden, das Bewertungs-, Kommentar- und Abstimmungsfunktionen sowie die Möglichkeit der Einbringung von eigenen Vorschlägen und Textbeiträgen bereit stellt.

Das System erfüllt folgende generelle Anforderungen:

1. Es hat eine niedrige Einstiegsschwelle und ist einfach zu bedienen. Es ist barrierefrei und enthält eine attraktive Gestaltung.
2. Es schafft eindeutige Ergebnisse für Bürger und für die Kommission und macht stets deutlich, was mit den Eingaben der Bürgerinnen und Bürger geschieht.
3. Es schafft Anreize für Beteiligung, indem es nicht erst am Ende, sondern im Vorfeld von Entscheidungen eingesetzt wird.
4. Es schafft verschiedene Ebenen der Beteiligung: Ideensammlung, Diskussion, Kommentare, Bewertung/Gewichtung bis hin zur Beteiligung an der Textentstehung.
5. Das System wird systematisch mittels herkömmlicher Presse- und Medienarbeit beworben. Darüber hinaus werden die Aktivierungsmechanismen des Netzes genutzt.

#### **Konkrete Funktionen**

Das System muss in der Lage sein, den Willen des „18. Sachverständigen“ in dieser Breite widerzuspiegeln und ihn bei der Willensbildung zu unterstützen. Dies schließt ein, dass der „18. Sachverständige“ wie die thematischen Projektgruppen Texte in die Enquete einbringen kann.

So soll es den Nutzern über die Partizipationswerkzeuge möglich sein, Anregungen einzubringen oder beispielsweise ein Haupt- oder Minderheitsvotum aus den Projektgruppen oder auch der Kommission zu unterstützen. Das Werkzeug muss alle Anträge und Änderungsanträge sammeln und eine Abstimmung dazu ermöglichen.

Gleichzeitig muss es resistent gegenüber Störenfriedern („Trollen“) sein. Als Ergebnis eines Diskussionsprozesses soll es einen abgestimmten Vorschlag des „18. Sachverständigen“ ausgeben, der die Mehrheitsmeinung der Teilnehmer widerspiegelt.

Dieser Vorschlag wird dann in der Enquete-Kommission behandelt. Letztendlich stimmt die Enquete-Kommission ab, wie mit dem Vorschlag umzugehen ist und welcher Text beispielsweise im Zwischen- oder Abschlussbericht als Empfehlung der Kommission oder als Votum des „18. Sachverständigen“ eingeht. Bei einer ausreichenden Zahl an Stimmen für einen Vorschlag soll der Vorschlag des „18. Sachverständigen“ im Bericht erwähnt werden.

Um die Teilnehmer zu motivieren, sich an den Diskussionen und Abstimmungen zu beteiligen, kann die Enquete-Kommission Initiatoren eines Vorschlages des „18. Sachverständigen“ zu einer öffentlichen Anhörung der Kommission einladen, damit sie den Vorschlag dort vorstellen können. Dies gilt besonders bei einer entsprechend hohen Unterstützerzahl.

### **Anforderungen**

Da es sich damit um weitaus mehr als um bloße Ja-Nein-Entscheidungen zu konkreten Fragestellungen handelt, muss das System folgende Funktionen bereithalten:

### **Vorschlags-, Kommentar- und Bewertungsfunktionen**

Es muss die Möglichkeit bestehen, Fragen, Textvorschläge oder auch Anträge öffentlich zur Diskussion zu stellen, zu kommentieren, zu gewichten und sie dann in einem definierten Verfahren in die Arbeit der Kommission einzubringen. So könnten beispielsweise in einem festen Zeitraum vor einer Anhörung der Enquete-Kommission die Besucher der Microsite eigene Fragen übermitteln und die Fragen anderer Nutzer bewerten. Aufgrund der Bewertung der Nutzer ergibt sich eine Rangfolge von Fragen. Die beliebtesten Fragen werden in der Anhörung gleichwertig zu den Fragen der Enquete-Mitglieder gestellt und beantwortet.

Darüber hinaus muss die Möglichkeit bestehen, Themenvorschläge für die Behandlung in der Kommission oder konkrete Text- bzw. Antragsentwürfe zur Diskussion zu stellen. Dabei muss das System technisch gewährleisten, dass das Ergebnis dieses öffentlichen Diskussionsprozesses in einem transparenten Verfahren ermittelt wird und zugleich der Administrations- und Betreuungsaufwand für das Sekretariat überschaubar bleibt.

## **Abstimmungsfunktionen**

Das System muss die Möglichkeit bereitstellen, nachvollziehbare Abstimmungsprozesse in definierten Zeiträumen durchzuführen. Dabei muss das System Quoren ermöglichen, um beispielsweise eine Mindestbeteiligung sicherzustellen und zudem die Nutzer zum Mitmachen anzuregen.

Abstimmungen können über konkrete Fragestellungen, Textentwürfe und Anträge durchgeführt werden.

Das System muss sich technisch und gestalterisch in die Microsite einfügen. Es muss in der Lage sein, auch hohe Zugriffszahlen ohne Ausfall zu überstehen.

Die Benutzerführung soll einfach, komfortabel und barrierefrei gestaltet sein. Wünschenswert ist der Einsatz freier Software (GPL- oder BSD-Lizenz o.ä.).

Die Zugangshürden für die Nutzer sollen so gering wie möglich sein. Es gibt abgestufte Anmeldeverfahren, abhängig vom Grad der Beteiligung. So sollte das Verfolgen der Diskussion oder eine einfache Kommentierung ohne umständliche Anmeldeprozedur möglich sein. Bei Abstimmungsprozessen sind gegebenenfalls differenzierte Anmeldeverfahren zu definieren.

## **BESCHLUSS**

**Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ beauftragt die Online-AG, auf der Basis der bereits erfolgten Vorarbeiten und dieses Beschlusses sowie im Einvernehmen mit den Obleuten aller Fraktionen, ein System auszuwählen und alle notwendigen Schritte zur zeitnahen Umsetzung einzuleiten.**

**Ziel ist es, dass dieses System zur Online-Beteiligung der Öffentlichkeit spätestens zum Jahresende 2010 gestartet wird.**